RESOLUTION
der Delegierten der Mitgliederversammlung der Organisationen der Deutschen Minderheit in Polen zur neuen Sprachstrategie

Die Delegierten der Mitgliederversammlung der Organisationen der Deutschen Minderheit in Polen nehmen die vorliegende Resolution an, im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Bewahrung und Entwicklung der deutschen Sprache als Wesensmerkmal der Identität unserer Gemeinschaft, die sich an die Mitglieder der deutschen Minderheit sowie an die Regierungen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland richtet.

1. Appell an die Mitglieder der Deutschen Minderheit

Eine solide sprachliche Bildung ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gemeinschaft. Daher richten wir an alle Mitglieder der Deutschen Minderheit den Aufruf, sich aktiv für den Schutz und die Entwicklung der deutschen Sprache in Polen einzusetzen.

Der Unterricht der deutschen Sprache findet heute in vielen Kindergärten und Schulen sowie im Rahmen zahlreicher Sprachprojekte statt, die von den Organisationen der Deutschen Minderheit durchgeführt werden. Wir würdigen diese Tatsache und sehen zugleich die Notwendigkeit, das Wissen über die Sprachangebote zu verbreiten sowie die Qualität dieser Maßnahmen weiterhin systematisch zu verbessern.

Die Qualität und Vielfalt der Sprachprojekte sind von entscheidender Bedeutung, um die deutsche Sprache im Alltag unserer Mitglieder sowie im gesellschaftlichen und kulturellen Leben nachhaltig zu festigen und deren Präsenz zu stärken. In Anbetracht dessen begrüßen wir die vom VdG-Vorstand verabschiedete Sprachstrategie der Deutschen Minderheit für die Jahre 2027–2031, die als gemeinsamer Rahmen für die Planung, Umsetzung und Weiterentwicklung sprachlicher Maßnahmen in allen Organisationen unserer Gemeinschaft dienen wird.

Wir rufen alle Organisationen und Mitglieder dazu auf, ihre Grundsätze konsequent umzusetzen und gemeinsam an der Erreichung der gesetzten Ziele zu arbeiten.

2. Botschaft an die Regierung der Republik Polen

Die Delegierten der Mitgliederversammlung danken für die bisherige Unterstützung und nehmen die positiven Signale gegenüber der Deutschen Minderheit wahr. Die sprachliche und kulturelle Vielfalt stellt einen wesentlichen Bestandteil des europäischen Kulturerbes

sowie der demokratischen und gesellschaftlichen Entwicklung eines Staates dar. Nationale und ethnische Minderheiten tragen seit Generationen aktiv zur Entwicklung Polens sprachlich bei. Ihre Sprachen bereichern das gesellschaftliche Leben und stärken den Dialog. Der Erhalt und die aktive Förderung der deutschen Sprache in Polen stellen daher einen höhst bedeutenden Wert dar, der in Fällen der Diskriminierung verloren geht. Zugleich wenden sie sich an die Regierung der Republik Polen und betonen die Bedeutung folgender Maßnahmen für die Spracharbeit:

- die weitere stabile Finanzierung von Sprachprojekten durch das Ministerium des Innern und der Verwaltung;
- die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Ausbildung von Lehrkräften, die sich häufig auch in Sprachprojekten der Deutschen Minderheit engagieren;
- die Aufrechterhaltung stabiler rechtlicher Rahmenbedingungen für den Unterricht der deutschen Sprache als Minderheitensprache durch das polnische Bildungsministerium, die eine langfristige Planung und Qualitätsentwicklung ermöglichen.
- Gleichzeitig appellieren wir erneut an die polnische Regierung um die Einführung der von Polen ratifizierten Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen.

Wir unterstreichen, dass sich die Qualität der schulischen Bildung sich unmittelbar auf das Niveau und die Wirksamkeit von außerschulischen Sprachprojekten sowie auf die kulturellen Aktivitäten der Minderheitenorganisationen auswirkt. Gleichzeitig bringen wir die Hoffnung auf eine weitere Entwicklung und Verbesserung der bestehenden Fördermechanismen zum Ausdruck, damit diese noch wirksamer auf die Bedürfnisse unserer Gemeinschaft eingehen.

3. Botschaft an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Die Delegierten der Mitgliederversammlung sprechen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihren Dank für die bisherige finanzielle Unterstützung der von den Organisationen der Deutschen Minderheit in Polen durchgeführten Sprachprojekte aus.

Gleichzeitig appellieren wir an:

- die Fortführung und den weiteren Ausbau dieser Unterstützung;
- möglichst einfache und transparente Verfahren zur Beantragung von Projektfördermitteln;
- stabile rechtliche Rahmenbedingungen für die Mittelvergabe;
- die Fortsetzung eines offenen Dialogs, der den Austausch von Gedanken, die Formulierung von Bedürfnissen sowie die Einbringung neuer Initiativen ermöglicht.

Wir betonen, dass partnerschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis die Grundlage für eine wirksame Unterstützung unserer sprachlichen Tätigkeit sind.

4. Appell an die Regierungen Polens und Deutschlands

Die Delegierten der Mitgliederversammlung appellieren an die Regierungen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland, die Initiative zur Gründung eines Sprachinstituts der Deutschen Minderheit gemeinsam zu unterstützen;

Ein solches Institut könnte umfassend Aufgaben übernehmen wie:

- die Analyse und Weiterentwicklung der Minderheitenbildung – sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Bereich;
- die Erarbeitung moderner didaktischer Materialien;
- die fachliche und didaktische Unterstützung von Koordinatoren und Durchführenden sprachlicher Maßnahmen usw.

Die Gründung einer solchen Institution wäre ein bedeutender Schritt in Richtung Professionalisierung und langfristiger Entwicklung der sprachlichen Bildung der Deutschen Minderheit in Polen. Dabei sollten die bisherigen Erfahrungen der dMi in diesem Bereich aufgegriffen werden. Die Delegierten der Mitgliederversammlung sind überzeugt, dass die gemeinsamen Anstrengungen der Deutschen Minderheit sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit den Regierungen Polens und Deutschlands zur nachhaltigen Bewahrung und Entwicklung der deutschen Sprache als lebendiger Bestandteil unseres kulturellen Erbes beitragen werden.

Lubowitz, den 9. Mai 2026